

[Diese Seite drucken](#)

Platzek: „Ich bin ein Teamspieler“

Der neue SPD-Vorsitzende Matthias Platzek im "vorwärts"-Interview: Er will „dafür sorgen, dass die SPD als Partei klar erkennbar bleibt“ – auch wenn sie im Bund mit der Union regiert. Die SPD soll regieren und zugleich diskutieren, damit sie lebendig und offen für neue Mitglieder ist. „Das werden unsere Minister, das wird die Bundesregierung als Ganzes auszuhalten haben.“



Will dafür sorgen, dass die SPD klar erkennbar bleibt: Matthias Platzek / Foto: Dirk Bleicker

Interview: Susanne Dohrn, Lars Haferkamp

Matthias Platzek, herzlichen Glückwunsch zur Wahl und dem überwältigenden Ergebnis von 99,4 Prozent Zustimmung. Was empfindest du? Stolz, Freude oder auch Respekt vor dem neuen Amt?

Ich freue mich sehr über das große Vertrauen, das zu einem erheblichen Teil auch ein Vertrauensvorschuss ist. Ich werde mich bemühen, dem gerecht zu werden. Natürlich empfinde ich großen Respekt vor dem Amt des SPD-Vorsitzenden, wenn ich bedenke, welche Persönlichkeiten es vor mir bekleidet haben, etwa Kurt Schumacher, Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel oder Franz Müntefering.

In den Umfragen liegst du bereits – als jetzt beliebtester Politiker der Republik - klar vor Angela Merkel. Die Deutschen scheinen viel von dir zu erwarten. Große Erwartungen können aber auch leicht Enttäuschungen auslösen.

Ich bin eine märkische Natur, in guten wie in schwierigen Zeiten mit beiden Beinen immer fest auf dem Boden. In den 15 Jahren, in denen ich Politik mache, habe ich mir angewöhnt, Umfragen nicht überzubewerten. Entschieden wird in Wahlen. Wichtig ist deshalb, welche Arbeit bis dahin geleistet wird.

Du hast dich auf dem Parteitag offensiv zu deiner ostdeutschen Biographie bekannt. Welche Rolle wird die künftig spielen?

Ich glaube nicht, dass die Unterschiede zu einem Westdeutschen so gravierend sind, wie es hin und wieder geschrieben wird. Vielleicht ist ein Unterschied, dass ich eine Gesellschaft erlebt habe, die ohne Perspektive und am Ende war, und die dann in sich zusammengestürzt ist. Dadurch hält man weniger für unmöglich und schaut mit unverstelltem Blick auf Chancen und Risiken. Das ist für die jetzige Situation wahrscheinlich nicht schlecht.

In der SPD gab es stets Vorbehalte gegen einen Führungsstil nach dem „Basta-Motto“. Wird sich der Führungsstil ändern?

Eine Parteiführung wird gewählt, weil Führung erwartet wird und auch notwendig ist. Deshalb werde ich die Partei führen. Natürlich wollen und müssen wir über die Dinge, die zu entscheiden sind, auch gemeinsam reden. Ich bin ein Teamspieler. Sportlich gesehen bin ich eher ein Fußballspieler und weniger Tennisspieler. Ich brauche die anderen, damit es am Ende ein Erfolg wird. Das wird sich auch ausdrücken in der Art meiner Parteiführung.

Die Situation ist jetzt nicht einfacher als vor 2003, als die Agenda 2010 beschlossen wurde. Ist heute der Führungsbedarf der Partei nicht eher noch größer?

Ich denke, die SPD hat sich seit der Agenda 2010 verändert. Sie hat einen Lernprozess vollzogen: Sie hat die Notwendigkeit von Veränderung erkannt, sie hat besser verstanden, neue Antworten zu suchen und das Wünschbare vom Machbaren zu unterscheiden. Darauf können wir heute aufbauen. Das verdanken wir Gerhard Schröder und Franz Müntefering.

Du betonst, „nur eine debattierende Partei ist eine lebendige Partei“. Kann eine Partei regieren und zugleich diskutieren?

Ja, das kann sie. Und das muss sie auch können, sonst wäre sie nicht lebendig. Eine sozialdemokratische Regierung wird auch von Konzepten und Vorstellungen der Partei profitieren. Es gibt da keinen Widerspruch.

In den Medien wird eine diskutierende Partei oft als zerstrittene Partei dargestellt, was beim Wähler nicht gut ankommt.

Das kommt sehr auf den Stil der Debatte an. Beschäftigen wir uns in Diskussionen vor allem mit uns selbst, dürfen wir wenig Zustimmung erwarten. Haben die Menschen aber das Gefühl, wir diskutieren miteinander über wichtige Fragen, ernsthaft und an der Sache, werden sie zuhören. Wir müssen die Türen aufmachen und mit den Menschen außerhalb der Partei diskutieren. Das macht die SPD attraktiv. Und wenn einige dann bei uns bleiben ist das umso besser.

Die SPD soll nach deinem Willen ihr Profil als Volkspartei der linken Mitte stärken. Wie genau soll das

geschehen?

Wir müssen in der alltäglichen politischen Arbeit deutlich machen: Uns geht es um die Menschen, die ein ganz normales Leben führen, Recht und Gesetz achten, ihre Kinder gut erziehen, ihrem Beruf nachgehen und sich in der Gesellschaft engagieren. Die erwarten von uns, dass wir uns um sie kümmern.

Besteht die Gefahr, dass die Linkspartei der SPD das Markenzeichen „links“ streitig macht?

Sie besteht nicht, wenn wir die Auseinandersetzung offensiv und argumentativ führen. Weder populistisch und mit Schaum vor dem Mund, noch kleinmütig und verzagt.

Wofür steht die linke Mitte, im Gegensatz zur so genannten Linkspartei?

Sie steht nicht für Abschottung und Protektionismus, nicht für Fremdenfeindlichkeit, die mit Begriffen wie „Fremdarbeiter“ hantiert. Links, das steht für Aufklärung, für Emanzipation, für Fortschritt. Links steht nicht dafür, auf die Fragen von heute die Antworten von gestern zu geben. Links steht dafür, die Herausforderungen der Zeit anzunehmen und ehrliche Antworten zu finden. Und dafür stehen wir, die deutschen Sozialdemokraten, seit über 140 Jahren.

Du willst eine schärfere Auseinandersetzung der SPD mit den Rechtsextremen. Warum?

1,7 Prozent für die NPD bei der Bundestagswahl bedeuten nicht, dass die Rechtsextremen verschwunden sind. Sie führen weniger einen Kampf um die Parlamente, als vielmehr einen Kampf um die Köpfe. Dazu tragen sie nicht mehr Glatze und Springerstiefel, sondern Anzug und Krawatte. Sie wollen die Gesellschaft von innen heraus unterwandern, sie zielen auf die Mitte der Gesellschaft. In Sachsen beispielsweise mit wachsenden Erfolgen. Da müssen gerade wir Sozialdemokraten wachsam sein.

Wie genau soll das geschehen?



Matthias Platzbeck / Foto: Dirk Bleicker

Zum Beispiel durch Aktionsbündnisse. In Potsdam und Halbe konnte ein breites Bürgerbündnis zwei Mal innerhalb einer Woche von langer Hand geplante Aufmärsche der Rechten verhindern. Weil sich tausende Bürger in den Weg gestellt haben, Sozialdemokraten in der ersten Reihe. Das zeigt, Widerstand ist möglich und erfolgreich.

Bildungschancen sind für dich die zentrale Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts. Bildung ist aber Ländersache. Was kann die Partei hier tun?

Die SPD trägt Verantwortung, in den Ländern und Kommunen, aber auch im Bund. Deshalb ist die Bildungspolitik Thema für die gesamte Partei. Klar ist, als Hochlohnland im globalen Wettbewerb kann Deutschland nur bestehen, wenn wir auf Bildung, Wissenschaft und Forschung setzen, wenn wir exzellente Ergebnisse erreichen und in Arbeitsplätze umsetzen können. Deshalb muss und wird die SPD hier Ideen und Konzepte weiterentwickeln.

Das zuständige Bundesministerium besetzt aber die CDU. Ist das ein Problem für die Profilierung der SPD?

Nein, und es darf auch keines sein. Dass die andere Partei das Ministerium besetzt, darf ja nicht bedeuten, dass es ein Denkverbot gibt, ganz im Gegenteil. Das gilt genau so für das Familienministerium. Ich möchte wirklich, dass die SPD ihren Beitrag leistet, dass es in Deutschland wieder mehr Mut zu Kindern gibt. Das ist nicht nur eine Frage der Stimmung, sondern auch der Rahmenbedingungen. Und hier leisten wir mit der Ganztagschule und dem Elterngeld ganz Entscheidendes.

Es gibt die Befürchtung in der Partei, die Große Koalition bedrohe Profil und Identität der SPD.

Wir werden dafür sorgen, dass die SPD als Partei klar erkennbar bleibt. Das werden unsere Minister, das wird die Bundesregierung als Ganzes auszuhalten haben. Wir werden deutlich machen, was wir als Regierung leisten, aber auch, was wir als Partei künftig leisten wollen zum Fortschritt der Gesellschaft.

Politikwissenschaftler fürchten, eine Große Koalition stärke die extremen Ränder rechts und links. Ist diese Befürchtung begründet?

Sie ist dann begründet, wenn wir schlechte Arbeit leisten, wenn sich die Koalitionspartner gegenseitig belauern und blockieren. Sie ist unbegründet, wenn wir unsere Arbeit machen, an der Sache orientiert, zum Wohle der Menschen. Darauf setze ich.

In der Großen Koalition ist die SPD zwar die stärkste Partei, aber nur eine von drei Koalitionsparteien. Wo ist das Sozialdemokratische in der künftigen Regierungspolitik?

Wir haben den Koalitionsvertrag gut verhandelt, und das hat sich ausgezahlt. Wir konnten Tarifautonomie und Mitbestimmung erhalten. Wir konnten das Elterngeld und die Reichensteuer durchsetzen. Wir konnten das Arbeitslosengeld II angleichen. Und wir konnten den Atomausstieg verteidigen. Das sind nur ein paar Beispiele.

Der Parteitag hat dem Koalitionsvertrag nicht ohne Grund mit so großer Mehrheit zugestimmt.

Angesichts von Sparpaketen und Steuererhöhungen gibt es in der Bevölkerung eine eher pessimistische Grundhaltung. Wie kann sich das ändern?

Klar ist: Die Konsolidierung des Haushaltes ist kein Selbstzweck, sie ist nötig, wenn wir einen handlungsfähigen Staat wollen. Ohne diesen gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Deshalb ist der Abbau der Staatsverschuldung eine ursozialdemokratische Aufgabe. Wir müssen aber auch noch klarer machen, dass wir mit einem 25-Milliarden-Paket deutliche Impulse setzen für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze. Wenn die Menschen das erkennen, wird auch der Optimismus wiederkommen. Wir sind ein großes und starkes Land, mit vielen Chancen. Die werden wir nutzen. Und deshalb haben wir guten Grund zuversichtlich in die Zukunft zu schauen.

Lars Haferkamp
erstellt am 25.11.2005